

Herr Schell (CDU-Fraktion) teilte mit, die CDU-Fraktion habe den TOP mit dem Ansinnen beantragt, dass Klarheit für die Bürger geschaffen werde. Die offenen Fragen seien mit der Sitzungsvorlage, für die er sich bedankte, beantwortet worden.

Herr Dr. Frank (SPD-Fraktion) nahm Bezug auf die Anfrage der SPD-Fraktion und fragte, ob es sich bei den in der Beantwortung genannten 12% um die Anzahl der durchgeführten Prüfungen seit 2007 oder im letzten Jahr handle.

Herr Kallenbach erklärte, es handle sich nicht um die Anzahl der tatsächlich durchgeführten Prüfungen, sondern um die Anzahl der der Verwaltung bisher vorgelegten Prüfungen. Der Bürger sei bisher nicht dazu verpflichtet, eine Prüfung vorzulegen, wenn es sich nicht um Neu- oder Umbauten handle.

Herr Dr. Frank sagte, man halte es für erforderlich, die Bürger kurzfristig in geeigneter Weise zu informieren.

Herr Gleß sagte, die Verwaltung habe bereits eine Pressemitteilung vorbereitet. Auch die Verwaltung sei jedoch darauf angewiesen, dass die Landesregierung Klarheit schaffe. Herr Gleß kritisierte die fehlende Aufklärung seitens der Landesregierung, welche für die Verunsicherung der Bürger verantwortlich sei.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) fragte, ob die Verwaltung wisse, wie andere Kommunen mit der Thematik umgehen würden. Wenn man die Bürger anschreibe, müsse man auch überlegen, zu welchem Zeitpunkt dies sinnvoll sei. Sie halte es für wichtig, dass der Ausschuss bei diesem Thema am Ball bleibe.

Herr Gleß gab an, die Kommunen in NRW würden dies unterschiedlich handhaben.